



Der Produzenten-Inflationsindex ist um die 30 Prozent gestiegen, die Preise für Konsumenten erst um rund zehn Prozent.

Foto: Rita Falk

„Das billige Geld war wie ein trockener Heuschober“

Wien, Alpbach – Bereits jetzt leiden die Österreicher unter einer enormen Teuerung. Doch es wird noch schlimmer werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse der Boston Consulting Group (BCG). „Die Preiserhöhungen, die wir auf der Produzentenseite sehen, sind bei Weitem noch nicht auf der Konsumentenseite angekommen“, warnt der Beschaffungsexperte des Strategieberaters, Wolfgang Schnellbächer. Die Weitergabe der Teuerung an die Haushalte werde sich weit ins nächste Jahr hineinziehen.

Die Teuerung habe nicht erst mit dem Ukraine-Krieg begonnen, sie wurde aber durch eine sich verschärfende generelle Verknappung dadurch enorm befeuert. Weil nun die Informationsweitergabe auf der Produzentenseite nicht optimal sei und es die Manager auch nicht gewöhnt seien, mit solchen Situationen umzugehen, würden die Kostensteigerungen erst nach und nach weitergegeben. Der Produzenten-Inflationsindex

sei um die 30 Prozent gestiegen, auf der Konsumentenseite gebe es eine Teuerungsrate zwischen 8 und 10. Das Problem im Unternehmensbereich sei, „dass der Einkauf nicht mit dem Vertrieb spricht. Das ist ein Muskel, der bisher gar nicht genutzt wurde.“ Nun würden in den verschiedensten Branchen, vom Maschinen- und Motorenbau bis zu Baustoffen, die Preise noch einmal erhöht. „Ich habe in den letzten Wochen mit 43 Unternehmen gesprochen: Alle bis auf eines wollen die Preise erhöhen“, erklärt Schnellbächer. Und diese Preiserhöhungen würden sich noch einmal in einer erhöhten Inflation widerspiegeln.

Ein massiver Nährboden für die hohe Inflation sei zunächst das günstig verfügbare Geld gewesen, „das kann man sich wie einen trockenen Heuschober vorstellen“. Die Knappheiten, die es dann am Markt gegeben habe, seien dann der Funke gewesen, der den Heuschober entzündet habe. „Die Auftragseingänge

sind noch immer hoch, weil noch einiges an Geld da ist. Jetzt sorgen die Knappheiten dafür, dass wir sukzessive diese Geldmenge verpulvern, was sich als Triebfeder für die Inflation erweist“, so Schnellbächer. Je günstiger das Geld und je niedriger die Zinsen seien, desto größer sei der Anreiz, weiter zu investieren und zu konsumieren. Und die Maßnahmen der Regierungen zur Linderung der Inflationsfolgen würden die Inflation noch weiter befeuern. Wenn man den Strompreis durch Subventionen niedrig halte, werde dort zwar die Inflation bekämpft, „aber ich muss das Geld ja irgendwo hernehmen“.

In diese Kerbe schlägt auch EcoAustria-Chefin Monika Köppl-Turyna. „Ich bin in dieser Hinsicht auch kein Fan der Strompreisbremse, denn diese ist viel zu breit und kostet enorm viel Geld und dieses Geld wird dann nächstes Jahr fehlen“, meint Köppl-Turyna. Und angesichts der zu erwartenden Teuerung im

nächsten Jahr werde man dieses Geld dringend brauchen. „Wir müssen jetzt darauf achten, dass das Geld effizient ausgegeben wird. Man sollte deshalb gezielt die unteren Einkommen stützen, und auch die untere Mittelschicht nicht vergessen, also 30 bis vielleicht 50 Prozent der Einkommen stützen“, sagt die Ökonomin. Es gehe auch darum, dass die Nachfrage nicht weiter steigt, denn genau das wäre für die Bekämpfung der Inflation dringend notwendig. Eine „Gießkanne“ helfe dabei nicht.

Statt über Subventionen zu agieren, wäre es laut Schnellbächer besser, in nachhaltige Stromproduktion zu investieren „und die Zinsen so erhöhen, dass man einen gesunden wirtschaftlichen Abschwung hat und gleichzeitig die Inflation bekämpft. Für mich ist die richtige Diskussion: Wie viel wirtschaftlichen Abschwung können wir uns leisten, um die Inflation zu bekämpfen“, so der BCG-Experte. (APA, hu)